

Mitteldeutsche Zeitung

Mitteldeutschland - 14.05.2014

Uniklinik Halle

Ärztlicher Direktor fordert Zuschlag



Hauptgebäude der Universitätsklinik Halle
(BILD: BAUER/ARCHIV)

VON KAI GAUSELMANN

Vertreter der Universitätsklinik Halle haben einem Gutachten widersprochen, es gebe kein ausreichendes Potenzial zur Konsolidierung. Die kaufmännische Direktorin verwies auf ein Entwicklungskonzept der Klinik, das nicht berücksichtigt worden sei. Der Ärztliche Direktor forderte einen Systemzuschlag als Maximalversorger in der Region.

HALLE (SAALE/MZ. Millionen-Verluste und eine ungewisse Zukunft - nach drei Jahren Spardebatte liegen an der Uniklinik Halle mittlerweile die Nerven blank. „Sie als Politiker tragen den Wahnsinn mit“, warf Professor Dieter Körholz, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, Landtagsabgeordneten bei einem

parlamentarischen Abend am Dienstag vor. Und forderte: „Die halbe Miete ist, wenn die Politik ein eindeutiges Zeichen setzt: Wir stehen zu diesem Uniklinikum.“

Allerdings war „die Politik“ beim Treffen in der Uniklinik nur spärlich vertreten. Von 105 Mitgliedern des Parlaments waren sechs da: Drei hallesche Abgeordnete und die Fraktionschefs Katrin Budde (SPD), Claudia Dalbert (Grüne) und Wulf Gallert (Linke). Die Regierung wurde vertreten durch die zweite Reihe, Wissenschafts-Staatssekretär Marco Tullner (CDU). Die Uniklinik hatte geladen, um ihre Position darzulegen zum Unimedizin-Gutachten von Klaus Teichert, der für Halle ein düsteres Bild gezeichnet hatte - mit einem Defizit von jährlich 15 Millionen Euro und dem Befund, es gebe „kein ausreichendes Potenzial zur Konsolidierung“ - Beratersprache für wirtschaftlich hoffnungslose Fälle.

Die kaufmännische Direktorin Bettina Hailer widersprach und verwies auf ein Entwicklungskonzept der Uniklinik. „Wenn es uns gelingt, das umzusetzen und Hilfe von der Bundespolitik kommt, ist die mittelfristige Konsolidierung möglich“, sagte Hailer.

Die Klinik sieht für ihre Probleme vor allem drei Quellen. Laut Ärztlichem Direktor Thomas Klöss liegt die Fallpauschale in den Ambulanzen bei mageren 51 Euro - unabhängig, welche Behandlung in wie vielen Abteilungen nötig werden. Eine angemessenere Vergütung durch die Krankenkassen von 100 bis 120 Euro würde 4,5 Millionen Euro einbringen. „Die Hälfte unseres wirtschaftlichen Problems ist die Hochschul-Ambulanz“, so Klöss. Die weiteren Ursachen: Die große Konkurrenz durch andere Krankenhäuser in Halle. Und, dass die Unikliniken als Maximalversorger in der Region nicht finanziell besser gestellt werden durch einen Systemzuschlag.

Hailer wies die Teichert-Prognose zurück, sie selbst gehe weiter von neun Millionen Defizit aus. „Wir bedauern, dass Herr Teichert unser Entwicklungskonzept und das, was wir bisher erreicht haben, nicht berücksichtigt.“ Sie bat um „ein wenig Zeit, um unser Konzept umzusetzen“. An dem Abend gab es aber weder Signale noch Zeit. Die Oppositionspolitiker stellten sich zwar hinter die Klinik, die Koalitionspolitiker um Budde hörten aber nur zu. Staatssekretär Tullner berichtete von ergebnislosen Verhandlungen über einen Systemzuschlag und beließ es bei einer Glückskeks-Weisheit: „Es gibt keine einfachen Lösungen. Das

Thema ist hochkomplex.“ Gelegenheit für Signale oder wenigstens klare Positionen gibt es noch am Freitag:
Dann wird im Landtag über die Unikliniken debattiert - es werden auch mehr Abgeordnete erwartet.

Artikel URL: <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/uniklinik-halle-aerztlicher-direktor-fordert-zuschlag,20641266,27130926.html>

(Copyright © Mitteldeutsche Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des
MDVH)